



**SPD-Fraktion:**

Fiedler, Josef	SPD	Fraktionsvorsitzender
Baaß, Matthias	SPD	
Bauer, Norbert	SPD	
Catalani-Wilhelm, Luciana	SPD	
Dörsam, Andreas	SPD	
Hapke, Ellen	SPD	
Hartmann, Karin, MdL	SPD	
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Kirchner, Helmut	SPD	
Moritz, Renate	SPD	
Otten, Markus	SPD	
Roos, Heinz	SPD	
Rothmüller, Josef	SPD	
Schmitt, Norbert, MdL	SPD	
Schneider, Otto	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Stenger, Ute	SPD	
Thoma, Philipp	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	
Winter, Lydia	SPD	

**GRÜNE-Fraktion:**

Berg, Evelyn	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende
Figaj, Thilo	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender
Angermann, Dieter	GRÜNE	
Engesser, Hermann	GRÜNE	
Fraas, Sabine	GRÜNE	
von Fumetti, Christoph	GRÜNE	
Kappes, Walter	GRÜNE	
Klamand, Holger	GRÜNE	
Kunz, Carmen	GRÜNE	
Löffler, Ralf	GRÜNE	
Ohlig, Gerhard	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	
Sterzelmaier, Doris	GRÜNE	
Sutholt, Rosemarie	GRÜNE	
Zuchowski, Aline	GRÜNE	

**FREIE WÄHLER-Fraktion:**

Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER	Fraktionsvorsitzender
Berbner, Alois	FREIE WÄHLER	
Dr. Greif, Martin	FREIE WÄHLER	

**FDP-Fraktion:**

Hörst, Christopher	FDP	Fraktionsvorsitzender
Weigand, Volker	FDP	

**Bürgerunion-Fraktion:**

Hoch, Haymo	Bürgerunion	Fraktionsvorsitzender
Bitsch, Peter	Bürgerunion	

**PIRATEN-Fraktion:**

Zenker, Veronika	PIRATEN	Fraktionsvorsitzende
Dambier, Peter	PIRATEN	

**Kreisausschuss:**

Wilkes, Matthias, Landrat	CDU
Schimpf, Matthias	GRÜNE
Dr. Brückner, Klaus	SPD
Buser, Volker	CDU
Fabian, Thomas	GRÜNE
Götz, Fritz	SPD
Klee, Heinz	CDU
Knapp, Kurt	CDU
Ruoff, Jochen	GRÜNE
Sander, Brigitte	SPD
Schramm, Rita	CDU
Szych, Karl Heinz	FREIE WÄHLER
Thaidigsmann, Petra	SPD
Vock, Philipp-Otto	CDU

**Verwaltung:**

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen (zeitweise anwesend)
Asel, Christin	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
Vetter, Saskia	Auszubildende

**Schriftführerinnen:**

Pfeiffer, Jutta	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur

Herr Kreistagsvorsitzender Schneider eröffnete um 18:00 Uhr die 17-023. Sitzung des Kreistages Bergstraße und begrüßte die Erschienenen.

Besonders begrüßte er die Schulleiterin der Karl-Kübel-Schule, Frau Ulrike Rüger, und ihre Stellvertreterin, Frau Katja Kandsberger, und dankte ihnen für die Gastfreundschaft.

Von der Stadt Bensheim hieß er Frau Stadtverordnetenvorsteherin Carola Heimann, Herrn Stadtrat Adil Oyan und den zukünftigen Bürgermeister, Herrn Rolf Richter, der am 15.12.2014 sein Amt antreten wird, herzlich willkommen.

Ein weiterer Gruß galt Herrn Gerald Kummer, SPD-Kandidat für die in 2015 anstehende Wahl des Landrats des Kreises Bergstraße und Abgeordneter des Hessischen Landtags.

Herr Stadtrat Adil Oyan hieß den Kreistag in Bensheim willkommen und wünschte der Sitzung einen erfolgreichen Verlauf.

Der Kreistagsvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Entschuldigt fehlten die Kreistagsabgeordneten Hermann Peter Arnold, Alexander Bauer, Werner Breitwieser, Lisa Galvagno, Thorsten Herrmann, Bastian Kempf, Peter Stephan (alle CDU-Fraktion), Frank Jachmann, Jens Klingler (beide SPD-Fraktion), René Steffen Thoma (GRÜNE-Fraktion), Thomas Vollmer (Fraktion FREIE WÄHLER), Frank Sürmann (FDP-Fraktion) und Dr. Bruno Schwarz (Vertreter von DIE LINKE).

Einwendungen gegen die Ladung mit verkürzter Ladungsfrist und die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hob Herr Kreistagsvorsitzender Schneider als positiv heraus, dass sich zur komplexen Thematik der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs alle Fraktionen sowie der fraktionslose Abgeordnete von DIE LINKE zu einem gemeinsamen Antrag entschlossen hätten und nun über diesen Antrag in einer eigens hierzu einberufenen Sitzung beschlossen werden solle.

Der Antrag sei darüber hinaus Grundlage für die Resolution, die die Mitgliederversammlung des Hessischen Landkreistages am 22.11.2014 einstimmig beschlossen habe mit der Empfehlung an alle hessischen Landkreise, analoge Beschlüsse zu fassen.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten; für die Redezeit galt die Regelung gemäß Geschäftsordnung.

### **Tagesordnung**

**Punkt 1:**                    **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNE, FREIE WÄHLER, FDP, Bürgerunion und PIRATEN sowie des fraktionslosen Kreistagsabgeordneten Dr. Schwarz (DIE LINKE) vom 25.11.2014 betreffend Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen**  
**Vorlage: 17-1506**

Zunächst äußerte sich Herr Landrat Wilkes zum Antrag und lobte die Einmütigkeit des Kreistages in der Angelegenheit.

Anschließend nahmen die Abgeordneten Herr Haag (CDU), Herr Fiedler (SPD), Herr Dr. Greif (FREIE WÄHLER), Herr Figaj (GRÜNE) Herr Hörst (FDP), Herr Hoch (Bürgerunion) und Herr Dambier (PIRATEN) für ihre Fraktionen zum Antrag Stellung.

Entsprechend dem Antragstext fasste der Kreistag folgenden

### **Beschluss:**

1. Der Kreistag des Kreises Bergstraße sieht mit dem Entwurf des neuen Kommunalen Finanzausgleichs dauerhaft, die ihm zugewiesenen Selbstverwaltungsaufgaben, die durch das Grundgesetz in der Hessischen Landesverfassung garantiert werden, als nicht mehr umsetzbar an, womit "Demokratie vor Ort" dauerhaft keine finanzielle Grundlage mehr hätte.
2. Der Kreistag des Kreises Bergstraße stellt fest, dass der Entwurf des neuen Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) nicht den Vorgaben des Hessischen Staatsgerichtshofs entspricht, wonach die staatlich übertragenen Pflichtaufgaben im Sinne des Konnexitätsprinzips ("wer bestellt, bezahlt") vom Land zu bezahlen sind, da auch mit dem neuen KFA die vom Kreis Bergstraße zu erledigenden Pflichtaufgaben nicht vollständig finanziert sind.

3. Der Kreistag des Kreises Bergstraße stellt fest, dass auf der Basis des Entwurfs des neuen Kommunalen Finanzausgleichs und der nicht vollständigen Finanzierung schon der staatlichen Pflichtaufgaben, Mittel für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben nicht zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund stellt der Kreistag des Kreises Bergstraße fest, dass auch die Vorgabe des Staatsgerichtshofs im Hinblick auf die Mindestausstattung von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben durch das Land nicht umgesetzt ist.
4. Der Kreistag des Kreises Bergstraße stellt fest, dass die Berechnungen des Hessischen Finanzministeriums zum neuen KFA, wonach sich der Kreis Bergstraße um 4,6 Millionen Euro besser stellen soll, nicht die für das Vergleichsjahr 2014 relevanten Nettoaufwendungen des Kreises Bergstraße für den Bereich Asylbewerber von 4,5 Millionen Euro berücksichtigen. Das Land wird aufgefordert diese Pflichtaufgabe zu 100% zu übernehmen und entsprechend zu finanzieren.
5. Der Kreistag des Kreises Bergstraße stellt fest, dass die Arbeit der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Land Hessen, weit über 3.000 gesetzliche Pflichtaufgaben zu identifizieren und zu bewerten, durch das Hessische Finanzministerium Ende September ("vertikaler Finanzausgleich") ad absurdum geführt wurde, nachdem hieron für den Landkreis Bergstraße ohne konkrete Begründungen ein zehnprozentiger "Angemessenheitsabschlag" vorgenommen wurde.
6. Vor diesem Hintergrund wird die Hessische Landesregierung, wie schon durch den Hessischen Landkreistag, nun auch vom Kreis Bergstraße, nochmals aufgefordert diesen Angemessenheitsabschlag zu begründen, um aufzudecken, warum und an welcher Stelle das Land Hessen bei pflichtigen Aufgaben, die durch den Kreis Bergstraße zu erfüllen sind, entsprechende wirtschaftliche Potenziale, im Hinblick auf eine effizientere Durchführung der Aufgaben, gesehen werden.
7. Das Hessische Finanzministerium wird aufgefordert darzustellen, auf welche Weise es dem Kreis Bergstraße in Zukunft möglich sein soll, die nach Abzug aller Tilgungsleistungen aus dem Kommunalen Schutzschirm, rund 240 Millionen Euro Kassenkredite zum 31.12.2015 zu tilgen. Das Hessische Finanzministerium wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass, neben dieser Tilgung, das mittel- und langfristige erhebliche Zinsrisiko eine zusätzliche Schieflage für den Haushalt des Kreises Bergstraße bedeuten kann.
8. Das Hessische Finanzministerium wird um konkrete Darstellung gebeten, in wieweit der Kreis Bergstraße, in zwei Jahren nach Abschluss seines großen Schulbauprogrammes und der entsprechenden Senkung der Schulumlage gegenüber den Städten und Gemeinden, vom Konstrukt des neuen KFA her in die Lage versetzt wird, Reduzierungen bei der Schul- und Kreisumlage an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, zu deren Entlastung weiterzugeben.
9. Das Hessische Finanzministerium wird aufgefordert, die Prüfung der vom Hessischen Landkreistag, neben der Ressortabfrage, zusätzlich identifizierten Aufgaben abzuschließen und deren Relevanz für die Mindestausstattung und angemessene Finanzausstattung zu bewerten. Das Ergebnis dieser Prüfung soll mit den Kommunalen Spitzenverbänden in der AG KFA erörtert werden.

